



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 180. Ratssitzung vom 5. Januar 2022

4795. 2021/417

**Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 27.10.2021:
Rekommunalisierung der Versorgungsnetze für die Wärme- und Kälteversorgung
und der mit diesen verbundenen Energiedienstleistungen von Energie 360° AG
und ihrer Tochtergesellschaften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Kunz (Grüne) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4521/2021): Die Energiepolitik der Stadt Zürich klärt sich Schritt für Schritt – das umso mehr als die Energiepolitik eigentlich nur noch eine Art Unterbereich der Klimapolitik ist. Wenn die fossilen Energieträger 2040 wegfallen, wird es nur noch um leitungsgebundene Abwärme und um dezentrale Lösungen wie beispielsweise Wärmepumpen gehen. Die Rahmenbedingungen sind klar: Nach 2040 dürfen – mit wenigen bekannten Ausnahmen – keine fossilen Energien mehr im Gebäudebereich in der Stadt eingesetzt werden. Erdöl hat sich mit dem neuen kantonalen Energiegesetz erledigt und beim Erdgas setzten wir entsprechende klimapolitische Ziele. Damit ergibt sich folgende Ausgangslage: Die Energie 360° AG wird zu einer Firma mit einem auslaufenden Geschäftsmodell. Im Moment erzielt sie ihre Einnahmen noch zu 80 bis 90 Prozent aus dem Verkauf von Erdgas. Damit ist es spätestens in 18 Jahren vorbei. Allerdings muss der Stadtrat bereits in drei Jahren den allgemeinen Shutdown der Gasversorgung bekanntgeben, weil er gemäss seinem eigenen Vorschlag die Stilllegung des Gasverteilnetzes 15 Jahre im Voraus ankündigen muss. Mit der Ankündigung, die für das gesamte Gasgebiet der Stadt gültig ist, ist diese Technologie tot. Niemand wird auch nur noch einen Rappen investieren – vor allem auch deswegen nicht, weil alle Investitionen nach der Vorankündigung nicht mehr entschädigungsberechtigt sind. Es ist zu hoffen, dass damit dem Erdgas sogar noch etwas schneller als bis 2040 das Ende blüht – nicht nur schon deshalb, weil die gesamte Branche einsehen wird, dass sie keine Zukunft mehr mit Erdgas und dem damit verbundenen Gewerbe hat. Das ist keine Utopie. Wir sehen ähnliches bei der Konversion von fossilen Autos auf Elektroautos: Die Konversion geschieht, ohne dass die fossilen Autos verboten wurden. Nun haben wir ein ähnliches Problem wie bei der Atomenergie am Hals, nämlich eine Firma ohne Zukunft im Besitz der Stadt. Anders als bei der Atomenergie haben wir hier aber Handlungsspielraum und Einflussmöglichkeiten. Die Entwicklung von Energie 360° AG wurde vorausgesehen und selbstverständlich wurde bereits vor Jahren die Ausweitung der Produktpalette eingeleitet. Man stürzte sich dabei vor allem auf den lukrativen Markt der kleinen Wärmenetze. Dort propagieren sie sogenannte Übergangslösungen, die nichts anderes sind als trojanische Pferde, damit sie noch etwas länger Gas verkaufen können – und das sogar im Fernwärmegebiet. Sie machen aber auch Abwärmeverbunde und Contracting-Lösungen. Schlau ist das



vor allem darum, weil die Versorgung der Stadt mit Gas ja keine hoheitliche Aufgabe ist. Energie 360° AG hat weder einen Versorgungs- oder Leistungsauftrag noch eine Konzession für die Gasversorgung, sondern betreibt ein reines Handelsgeschäft. Sie erzeugt keine Energie, sondern ist eine Zwischenhändlerin und nebenbei gesagt eine Monopolistin. Das ist entscheidend. Die Lage hat sich seit der Ausgliederung 1997 komplett verändert. Damals stand Erdgas noch in Konkurrenz mit Heizöl. Man erwartete die europäische Marktliberalisierung. «Erdgas steht auf dem Wärmemarkt in einem harten Konkurrenzkampf» stand damals in der Abstimmungszeitung. Man müsse deshalb eine privatrechtliche Gesellschaftsform wählen. So erliess man der Energie 360° AG sämtliche Konzessionsgebühren. Das stellte eine Ungleichbehandlung der Energieträger dar und illustriert, wie man die Marktlage damals einschätzte. Heute haben wir aber eine völlig andere Ausgangslage. Die Stichworte sind Klimawandel, Netto-Null und Gasausstieg. Falls die Marktliberalisierung doch noch eintreten sollte, sind das Gasnetz und das Gasverteilnetz weiterhin klar getrennt. Das ist bundesrechtlich so vorgegeben und der Stadtrat erwähnte dies auch in seiner Motionsantwort. Das interessiert aber eigentlich niemanden mehr wirklich, denn interessant sind in Zukunft die Wärmenetze auf Stadtgebiet. Diese sind die Lösung für die Wärme- und Kälteversorgung – neben der Fernwärme und neben den dezentralen Möglichkeiten. Die Stadt wird demnächst den Versorgungsauftrag erteilen, dafür haben die fortschrittlichen Parteien im Rat mit einer Motion und dem Auftrag zu einer Wärmeversorgungsverordnung gesorgt. Die Wärmeversorgungsverordnung befindet sich im Moment in der Kommissionberatung, weshalb ich mich nicht näher dazu äussern kann, obwohl sie in diesem Zusammenhang natürlich von zentraler Bedeutung ist. Klar ist aber, dass die Stadt künftig für die Wärmeversorgung – soweit sie raumrelevant und leitungsgebunden ist – zuständig sein wird. Dazu gehören aus unserer Sicht mindestens zwei Dinge: einerseits die Organisation und andererseits die Infrastruktur. In ersterer sah der Stadtrat gemäss Gemeindegesetz seine alleinige Aufgabe und gründete die Geschäftsstelle Wärme Zürich, die der Gemeinderat bewilligte. Die Stadt muss aber auch die nötige Infrastruktur in der Hand haben: die Netze, die für die Wärme- und Kälteversorgung notwendig sind. Gleichzeitig kann die Stadt mit diesem Schritt einige Missstände wie beispielsweise die ungleiche Tarifgestaltung, die durch die unbrauchbare Konkurrenz von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) Fernwärme, Energie 360° AG und dem Elektrizitätswerk (ewz)-EDL entstanden sind, beheben. Die ungleiche Tarifgestaltung, der Know-how-Transfer und der Effizienzgewinn bei Planung, Bau und Betrieb waren auch Gründe für die neue Geschäftsstelle. Wir nehmen diese Gründe gerne auf, um auch bei der Netzinfrastuktur Grundlagen zu schaffen. Der Stadtrat liefert in seiner Motionsantwort eigentlich nur wenige wirkliche Einwände zu unserem Ziel. Bei der Art der Netze muss ich einräumen, dass unsere Idee, die wir aber nur in der Begründung der Motion aufgeführt haben, noch nicht der Weisheit letzter Schluss darstellen. Ganz im Sinne der Vorgabe, dass sich der Gemeinderat nicht ins Mikromanagement einmischen soll, sind wir guten Mutes, dass der Stadtrat eine gute Aufteilung der Netze finden wird, wie beispielsweise die Trennung der Netze zwischen Stadtgebiet und Aussengebiet oder die Trennung zwischen Netzen mit Gebietsauftrag oder Konzession und reinen Contracting-Lösungen. Bei Letzteren handelt es sich um kleine Miniverbünde zwischen einer Handvoll Liegenschaften. Beim Gasnetz stehen wir nicht vor der Aufgabe eines Ausbaus, sondern einer Stilllegung. Der Stadtrat



behauptet, die gesamte Transformation der Wärmeversorgung sei in Gefahr. Wir können das nicht nachvollziehen und sehen dahinter eine reine Schutzbehauptung. Der Stadtrat scheint zu übersehen, dass die aktuelle Energieplanung bereits alle fraglichen Gebiete klar aufgeteilt und zugewiesen hat. Alle wichtigen Entscheidungen sind gefällt. Es ist klar, wo Wärmeverbunde geplant sind und man kann entsprechend mehr oder weniger nahtlos weiterarbeiten. Wenn es der Energie 360° AG tatsächlich ernst ist, dann wird sie ihr Personal und Know-how im Sinne der guten Sache auch zur Verfügung stellen. Interessanter und kniffliger ist der Einwand des Stadtrats betreffend die Kosten. Hier haben wir in der Tat ein Durcheinander, das auf vergangene Entscheidungen zurückgeht. Zunächst wurde auf eine Konzession und damit auch auf die Konzessionsgebühr verzichtet. Das war damals in der Ausgliederung begründet, erweist sich heute aber als Hindernis. Nicht zuletzt reichten deshalb auch drei Parteien die Motion GR Nr. 2021/44 mit dem Titel «Abgabe auf dem Energieträger Gas analog der Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des ewz» ein. Man hatte in weiser Voraussicht gemerkt, dass der Gasausstieg mit Kosten verbunden ist. Ob diese Kosten, wie es der Stadtrat vorsieht, einfach nur durch die Steuerzahlenden gedeckt werden oder ob man nicht eher nach dem Verursacherprinzip vorgehen sollte, ist ebenfalls noch zu klären. Der Bund sieht im Entwurf des Gasversorgungsgesetzes eine Abgabe vor, die von uns vorgeschlagene Lösung ist absolut fundiert. Ebenfalls klären muss man, wie das noch gar nie konzessionierte Gasnetz entschädigt werden soll und wie eine städtische Entschädigung an eine Aktiengesellschaft, die grösstenteils in städtischer Hand liegt, zu werten ist. Diese Fragen sind im Rahmen der Motion durch den Stadtrat zu klären. Das Ziel ist klar: die Bündelung von allen nötigen Ressourcen für die Transformation des Wärmebereichs in der Stadt. Die dazu nötige Geschäftsstelle wurde gegründet – liefern wir ihr nun Arbeit. In diesem Sinne möchten wir an der Motion festhalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Im Dezember beschlossen Sie das Netto-Null-Ziel und überlegten, in welchen Stadtgebieten man etwas machen kann. Es geht neben der Mobilität insbesondere um die Wärmeversorgung, bei der man das Ziel bis 2040 festlegte. Dieses Ziel fand eine grosse Mehrheit und deshalb müssen wir uns heute überlegen, wie wir das Ziel verfolgen können. Die Wärmeversorgung ist ein zentraler Punkt für die Umsetzung des Netto-Null-Ziels. Damit wir dieses Ziel umsetzen können, müssen wir alle vorhandenen Ressourcen einsetzen. Da geht es insbesondere um unsere Betriebe, die bereits heute in der Wärmeversorgung mit verschiedenen Energieträgern unterwegs sind und Leistungen anbieten. Der Stadtrat befasste sich intensiv mit der Klärung der Organisation. Wir holten entsprechende Expertisen ein und betonten, dass wir mit Wärme Zürich die Koordination hinbekommen wollen, damit alle Ressourcen so gut wie möglich eingesetzt werden und das Ziel rechtzeitig erreicht wird. Ein Grund, der gegen die Fusion spricht, sind die geringeren Skaleneffekte beim Bau von Wärmenetzen. Am Schluss sind das Bauaufträge, die am Ende Private ausführen. Ein zweiter Pfeiler neben der Wärme Zürich ist die Wärmeversorgungsverordnung. Es ist so etwas wie das Energiegesetz der Stadt Zürich, das auch regulatorische Themen behandelt. Die Geschäftsstelle Wärme Zürich und die Wärmeversorgungsverordnung ergeben zusammen die*



Grundlage, um die Wärmeversorgung netto-null-kompatibel umsetzen zu können. Wir fanden also einerseits eine regulatorische, aber auch eine organisatorische Antwort für die Umsetzung. Die Wärmeversorgungsverordnung und die Wärme Zürich sind auch die Grundlage dafür, dass die Tarife in der Stadt zumindest von den städtischen Werken gleich berechnet werden, damit wir eben keine unterschiedlichen Tarife in der Stadt Zürich haben. In Altstetten und Höngg beispielsweise, wo ewz und Energie 360° AG gemeinsam den sehr grossen Wärmeverbund Altstetten-Höngg bauen, gilt sogar das gleiche Tarifblatt. ewz, ERZ-Fernwärme und Energie 360° AG sind alle gefordert, ihre Aufgabe wahrzunehmen. Es ist ein Generationenprojekt und ein Mammutprojekt und die angesprochenen Einheiten arbeiten mit viel Energie daran, mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Ziel auch umzusetzen. Ich freue mich, dass Markus Kunz (Grüne) anerkennt, dass Energie 360° AG bereits vor langem eine Transformation angetreten hat. Diese begann bereits mit der Umbenennung in Energie 360° AG. Der Energiedienstleister sieht heute insbesondere im Contracting und im Dienstleistungsmarkt die Zukunft. Die eingereichte Motion legt aber einem der drei Betriebe zusätzliche Steine in den Weg, indem mit der Motion in einer Unternehmung Unsicherheiten ausgelöst werden. Wenn man eine solche Unsicherheit provoziert, werden sich die Angestellten überlegen, ob sie am richtigen Ort arbeiten. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass uns Fachkräfte eher fehlen. Die Stadt Zürich ist nicht die einzige Stadt in der Schweiz, die die Wärmeversorgung transformieren möchte. Es gilt, die Fachkräfte zu halten – und das tun wir nicht, indem wir die Firmen mit Reorganisationsprojekten lahmlegen. Wir sind uns in den diskutierten Zielsetzungen einig: Wir möchten möglichst einheitliche Tarife, eine möglichst rasche Umsetzung und die Transformation gemeinsam schaffen. Es stellt sich hier die Frage, was eigentlich der Grund für die Motion ist. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass es Ihnen vor allem um die Rechtsform geht. Energie 360° AG ist eine AG und aus irgendeinem Grund haben Sie ein Problem damit. Tatsächlich würde man heute wahrscheinlich eine öffentlich-rechtliche Anstalt gründen, allerdings war dies beim ewz auch nicht Ihr Wunsch. Wenn ich mir ansehe, was man mit der Energie 360° AG erreichte, kann man sagen, dass es sich um ein Erfolgsmodell handelt. Wir konnten hier insbesondere die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden institutionalisieren und haben für die Kundinnen und Kunden etwas gewonnen, indem wir in diesem Bereich die Effizienz steigern und Synergien erreichen konnten. Wir haben einen gesteigerten Unternehmenswert und die Dividenden gehen zu 96 Prozent an die Stadt Zürich; die restlichen 4 Prozent gehen an andere Gemeinden, die ihr Netz eingebracht haben. Man kann hier also wohl kaum von Rekommunalisierung sprechen. Eine AG ist auch nicht die einzige Unternehmensform, in der eine Rendite erzeugt werden muss. Ich darf daran erinnern, dass auch das ewz eine Renditevorgabe hat – insbesondere im Energiedienstleistungsbereich. Die Spiesse sind gleich verteilt. Was bei der Motion vielleicht übersehen wurde, ist die Tatsache, dass die Versorgung mit Wärme eine Tätigkeit am Markt ist – egal ob Gebietskonzessionen oder Aufträge vergeben werden. Auch andere können sich mindestens bei den Konzessionen bewerben und auch andere bieten bereits heute in der Stadt Zürich Wärme- und Kältelösungen an. Das lässt sich rechtlich nicht unterbinden und insofern erreichen Sie das Ziel nicht, dass die gesamte Stadt Zürich durch die Stadt mit Wärme versorgt wird. Dieses Ziel wäre aber auch nicht sinnvoll. Die organisatorische Neuordnung der Wärmeversorgung in der Stadt Zürich wurde mit der Wärme Zürich angestossen und wir gehen damit einen ersten Schritt.



Wir werden bei der Wärme Zürich insbesondere Tariffragen angehen und möchten verschiedene Betriebe näher zueinander führen. Das ist ein erster Schritt, auf den ein zweiter folgen soll. Wie dieser genau aussehen wird, soll die Arbeit von Wärme Zürich ergeben. Wir müssen zuerst ein wenig Erfahrung sammeln. Die zwei Jahre, die uns eine Motion gibt, reicht dafür nicht, wir benötigen sicherlich vier Jahre. Der Stadtrat möchte die Motion deshalb nicht entgegennehmen. Ich nehme von Markus Kunz (Grüne) aber mit, dass die Motion kein Mikromanagement betreiben möchte. Wird die Motion überwiesen, werden wir selbstverständlich Lösungen finden, damit wir die Betriebe in ihrer Arbeit möglichst nicht behindern. Wärme Zürich soll ein erster Schritt sein, wir nehmen den Vorstoss als Postulat deshalb gerne entgegen.

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP): *Wir sehen nicht ganz ein, weshalb Energiedienstleister unbedingt städtische Dienstabteilungen sein sollen. Gerade beim Beispiel ewz hören wir immer wieder, dass das ewz nicht gleich lange Spiesse hat wie andere Gesellschaften im gleichen Markt. Eine AG kann viel schneller ein neues Angebot testen und auch wieder fallen lassen oder in neuartige Innovationen investieren. Deshalb haben wir auch den Eindruck, dass die Energie 360° AG gar nicht so schlecht arbeitet und dank dem Wettbewerb mindestens so gut aufgestellt ist wie unsere städtischen Dienstabteilungen – gerade bei der Transformation weg von Gas hin zu fossilfreien Alternativen. Wir Grünliberalen sind seit dem Jahr 2016 für die Ausgliederung des ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt, weil das ewz so mehr unternehmerischen Spielraum hätte. Nun soll die ausgegliederte Energie 360° AG wieder rekommunalisiert werden. Für uns ist das ein Schritt in die falsche Richtung. Netto-Null wird ein gigantisches Projekt und wir sind der gleichen Meinung wie der Stadtrat; wir brauchen die Energie 360° AG und auch andere Energieunternehmen, um Netto-Null verwirklichen zu können. Der Zeitpunkt für die Aufteilung eines solch wichtigen Unternehmens scheint uns nicht glücklich gewählt. Wir lehnen den Vorstoss deshalb als Motion und als Postulat ab.*

Andreas Kirstein (AL): *Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die der Stadtrat der Motion in seiner schriftlichen Antwort entgegenhielt. Beginnen wir mit dem Positiven: Der Stadtrat stellt richtigerweise fest, dass die Motion nur verlangt, dass die grossflächigen Wärmeverbände, die die Wärme aus der Abfallverbrennung, dem Abwasser oder dem Seewasser entziehen, auf dem Gebiet der Stadt Zürich von beiden bestehenden städtischen Energieunternehmen betrieben werden. Selbstverständlich ist es unsere Absicht, dass damit aber auch die Abhängigkeit der städtischen Wärmeversorgung von der Abfallverbrennung schrittweise reduziert werden kann. Wir möchten nicht darauf setzen, dass Zürich die nächsten hundert Jahre mit dem Abfall der ganzen Ostschweiz beheizt wird. Das Ziel ist aber nur dann zu erreichen, wenn die Stadt Zürich die leitungsgebundene Wärmeversorgung aus einer städtischen Hand anbietet und nicht einen erheblichen Teil des nicht fossilen Wärmemarkts, nämlich das Seewasser, dem Gasunternehmen zuschanzt. Es handelt sich bei Energie 360° AG trotz den betreffend Innovationskraft berechtigten Lobliedern nach wie vor um ein Gasunternehmen, das den grössten Teil seines Umsatzes – der uns noch zu den Dividenden führen wird – aus dem Gasgeschäft, also aus dem fossilen Brenngeschäft erzielt. Da die städtischen Gaserträge nicht*



mit unserem Netto-Null-Ziel vereinbar sind, würden wir Energie 360° AG ein neues Geschäftsfeld eröffnen. Das halten wir für nicht richtig – damit kannalisieren wir unsere eigenen Energieunternehmen und das ist auch betriebswirtschaftlich keine sinnvolle Strategie. Sie würde de facto darauf hinauslaufen, dass man mit den Erträgen aus den See- und Abwasserverbunden, notabene mit ihren Gebühren, die Transformation von Gasunternehmen für Konsumentinnen und Konsumenten der Stadt Zürich subventioniert. Beim Loblied von Beat Oberholzer (GLP) auf die Flexibilität einer Aktiengesellschaft muss ich darauf hinweisen, dass eine Aktiengesellschaft, die in einem Markt agiert, der de facto in dieser Form gar kein Markt ist und zu 96 Prozent der Stadt Zürich gehört, sich als Vorbild für unternehmerisches Handeln nicht eignet. Ganz absurd wird es in der Argumentation des Stadtrats, wenn die Dividenden, die in die Stadtkasse abgeführt werden, ins Feld geführt werden. Wichtiger wäre es unserer Meinung nach, Energie 360° AG den Auftrag zu geben, neben dem Ausstieg aus der Gaswirtschaft innerhalb der Stadt Zürich die Transformation des Gasmarktes ausserhalb der Stadt voranzutreiben. Energie 360° AG muss meiner Meinung nach von der Pflicht befreit werden, Gewinne an die Stadtkasse abzuliefern. Sie müssen sich das so vorstellen: Der Verwaltungsratspräsident Michael Baumer von der Energie 360° AG beschliesst im Verwaltungsrat wie hoch die Dividende ist, die man an die Stadt abführt und der Stadtrat Michael Baumer beschliesst dann, was in der Stadt Zürich die Vorgabe ist. Aus ordnungspolitischer Sicht würde ich da als Mitglied der FDP tagelang schreien. Wir wollen nicht zusehen, wie die Stadt Zürich mit Erträgen Betriebe mit fossilen Geschäften aus der ganzen Ostschweiz mitfinanziert. Es ist hingegen richtig, dass mit einer neuen Energie 360°-Strategie der Einfluss der Stadt auf das Unternehmen abnehmen und die Minderheitsaktionäre in die neue Geschäftsstrategie der Energie 360°-Strategie einbezogen werden müssen. Wir möchten kein Netto-Null-Paradies in der Kernstadt Zürich mitten in einem fossilen Umland, sondern eine Schweiz, in der die Gebäude nicht mehr mit fossiler Wärme und Kälte versorgt werden.

Sebastian Vogel (FDP): *Die Energieversorgung in der Stadt Zürich funktioniert gut. Die drei Unternehmen ewz, ERZ und Energie 360° AG geben alles, damit das Jahrhundertprojekt von der Transformation zu einer Energieversorgung, die aus 100 Prozent erneuerbaren Energien besteht, umgesetzt wird. Neben der unterschiedlichen Organisationsform ist es sicher von grossem Vorteil, dass die drei Organisationen einen unterschiedlichen Hintergrund haben. Dieser Umstand trägt in grossem Mass zu Innovationen bei, weil alle drei unterschiedliche Ideen und technische Konzepte ins Spiel bringen. Jedes Quartier hat seine Eigenheiten und lässt sich nicht einfach mit der gleichen Lösung mit erneuerbarer Energie versorgen. Innovationen im Sinne von unterschiedlichen Lösungsansätzen sind deshalb erwünscht. Die drei Unternehmen müssen koordiniert werden. Der Stadtrat ist deshalb dabei, die Koordinationsstelle Wärme Zürich aufzubauen. Diese koordiniert wo nötig in der Zuteilung von Gebieten für Verbundprojekte oder bei der Erstellung von Grundsätzen in der Preisgestaltung. Zudem dient sie als Anlaufstelle für Kundinnen und Kunden. Was aber die technischen Lösungsansätze angeht, haben die Unternehmen Spielraum, um eigene Ideen zu entwickeln. So wird es besser gelingen, dass künftig auch Quartiere mit einer weniger günstigen Ausgangslage mit erneuerbarer Energie versorgt werden können – und zwar auch im gewünschten Tempo. Eine grössere Reorganisation streut zum heutigen Zeitpunkt Sand ins Getriebe und das nicht nur*



bei Energie 360° AG, sondern auch bei ewz und ERZ, weil diese beiden Unternehmungen bei einer Integration von Teilen der Energie 360° AG in die Stadtverwaltung ebenfalls stark betroffen wären. Wir verlieren ohne Not an Geschwindigkeit. Es ist keineswegs sicher, ob die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur darauf warten, endlich in die Stadtverwaltung integriert zu werden. Man muss davon ausgehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die heute bei Energie 360° AG, ewz und ERZ arbeiten, bewusst den Entscheid fällen, dort zu arbeiten, weil das Umfeld dort für sie stimmt. Es ist zu befürchten, dass gute Mitarbeiter das Unternehmen verlassen, weil zwanghaft versucht wird, sie in eine Organisation zu pressen, die sie sich nicht ausgesucht haben. Allein die Überweisung der Motion hat bei betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Verunsicherung hervorgerufen. Es wäre fatal, das Jahrhundertprojekt der Transformation so weiterzuführen und zu riskieren, dass erfahrene Mitarbeiter sich von der Stadt Zürich abwenden. Wir brauchen weder eine Motion noch ein Postulat.

Michael Kraft (SP): Die Herausforderungen auf dem Weg zur Netto-Null-Stadt sind gross und in der Versorgung mit Wärme liegt einer der grossen Hebel der Stadt zur Erreichung dieses Ziels. Darüber sind wir uns alle einig. Aus unserer Sicht gelingt das besonders dann, wenn der Zugang für Kundinnen und Kunden einfach, wirtschaftlich tragbar, einheitlich und gut verständlich ist. Die heutige Situation mit den drei städtischen Anbietern Wärmeversorgung ERZ, ewz und Energie 360° AG gewährleistet das nicht genug gut. Diese Situation ist zudem nicht einfach durchschaubar. Das ursprüngliche Geschäftsmodell von Energie 360° AG – die Lieferung und der Verkauf – verflüchtigt sich erst recht mit dem kürzlich gefällten Entscheid zu Netto-Null. Es kann keine sinnvolle Strategie sein, wenn drei städtische Anbieter im gleichen Teich der erneuerbaren Wärmeversorgung fischen und entsprechende Dienstleistungen anbieten. Das stellt keine Marktsituation dar, bei der sich drei Anbieter messen, sondern das sind Strukturen, die so heute nicht mehr passen. Sie vereinfachen die Herausforderungen von Netto-Null nicht. Der Stadtrat zeichnet in seiner Motionsantwort ein wenig das Schreckgespenst einer ewig dauernden Reorganisation und damit verbunden auch das Scheitern der wichtigen Transformation. Gleichzeitig erkannte der Stadtrat offensichtlich, dass es Verbesserungspotential gibt und ging mit der Geschäftsstelle Wärme Zürich einen ersten Schritt. Sie soll ein «one point of entry» für Kundinnen und Kunden sein und gleichzeitig auch die Koordination zwischen den drei Unternehmen verbessern. Der Gemeinderat stimmte diesem Schritt zu und der Stadtrat will nun diesen Vorstoss als Postulat entgegennehmen. Es wird also kaum der letzte Schritt des Stadtrats gewesen sein. Umso wichtiger scheint es uns, die stärkere Zusammenführung der städtischen Wärmedienstleister voranzutreiben. Andernfalls stehen wir in einigen Jahren vor der genau gleichen Situation und der gleichen Diskussion – oder es droht sogar die befürchtete jahrelange Reorganisationsschleife, bei der immer ein wenig geschraubt wird. Das dient weder den Mitarbeitenden noch den Kundinnen und Kunden. Es braucht jetzt ein rasches und klares Vorgehen, sodass das viel zitierte Generationenprojekt der nicht fossilen Wärmeversorgung vorangebracht werden kann. Das dauert bis 2040 und darüber hinaus. Ich glaube, klare Strukturen sind hier sehr wichtig. Der Stadtrat soll deshalb mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage beauftragt werden und damit die verschiedenen offenen Fragen angehen und beantworten. Wir halten deshalb an der Motion fest.



Attila Kipfer (SVP): Wir begrüssen die Ablehnung des Stadtrats. Es geht im Kern darum, dass man die Energie 360° AG wieder verstaatlichen will. 1997 gab es eine Abstimmung und die Gasversorgung wurde aus der Stadt ausgegliedert. Die Stadt Zürich will sie sich nun wieder einverleiben. Es wurde von Vorrednern erwähnt, dass es der Energie 360° AG nicht so gut geht und man das Unternehmen in Zukunft gefährdet sieht. Am 1. Oktober 2021 hatte die Energie 360° AG aber noch ein Aktienkapital von 69 Millionen Franken und wir sind generell der Auffassung, dass sich die Energie 360° AG gut entwickelt hat. Deshalb denken wir nicht, dass die Firma in Zukunft nicht rentieren wird und das Argument ist für uns deshalb nichtig. Die Energie 360° AG ist für die Gasversorgung in Gemeinden des Kantons Zürich und des Kantons Aargau zuständig. Interessanterweise hörte ich vorhin, dass Gas und Atomkraft nicht gut seien. Das ist insofern interessant, weil am 1. Januar 2022 in der Tageszeitung «Der Bund» ein Artikel erschien, in dem wörtlich steht, dass die europäische Kommission des Europäischen Parlaments Erdgas und Atomkraft als grün und nachhaltig klassifiziert. Da frage ich mich, ob es stimmt, was die Grünen in Zürich sagen. Zusammengefasst kann man sagen, dass wir nicht dafür sind, dass die Energie 360° AG in irgendeiner Form verstaatlicht wird. Deshalb lehnen wir die Motion ab und folgen dem Stadtrat.

Walter Angst (AL): Mich erstaunt die hier entstehende Hektik wegen einer einfachen Motion, die den Stadtrat beauftragt, die Organisation der Wärmeversorgung in der Stadt Zürich neu anzugehen. Es scheint faktisch um den Untergang des Abendlands zu gehen, dabei steht selbst in den Unterlagen der Stadt, dass künftig Aufträge für die Wärmeversorgung in der Stadt Zürich nicht mehr ausgeschrieben, sondern vergeben werden. Das kennen wir in der Stadt als Service Public und wir wissen, dass wir mit dem Service Public sehr effizient umgehen können. Albert Leiser (FDP) machte heute im Tagblatt eine Eloge über die Gebührensenkungen, die man erreichen könnte, wenn der Staat aus einer Hand selbst eine Abfall- und Abwasserversorgung hätte. Dasselbe möchten wir bei der Wärmeversorgung. Energie 360° AG steht vor einem grossen Transformationsprozess, die Erträge werden heute nur noch im Gasgeschäft erzielt. Man kann schon argumentieren, dass das Gasgeschäft aufgrund der neuen Entwicklung die Zukunft der Stadt sein wird – ganz so wohl ist es dabei aber auch Stadtrat Michael Baumer nicht. Er hat eine Strategie, um die Energie 360° AG von einem Gasunternehmen zu einem Energiedienstleister zu machen. Das ist auch richtig so. Dass wir aber umgekehrt unsere Wärmeversorgung in der Stadt Zürich durch drei verschiedene Organisationen gewährleisten müssen, die nur schwer unter einen Hut zu bringen sind, ist nun wirklich unverständlich. Die drei Organisationen haben ganz andere kommerzielle Interessen, andere (Re-)Finanzierungsmodelle und andere Perspektiven für die Dauer von Abschreibungen. Es ist auch unverständlich, warum man ein blühendes Unternehmen kaputt machen will. Ein Markt der Energie 360° AG ist die Stadt Zürich, diesen wollen wir den städtischen Unternehmen überlassen. Es gibt zudem einen Markt, der ausserhalb der Stadt Zürich ist. Dort soll Energie 360° AG ihre Kompetenz ausspielen können sowie als Energiedienstleister und Transformator von einer fossilen zu einer nicht-fossilen Energiewärmeversorgung seine Rolle spielen können. Energie 360° AG ist eine sehr innovative Unternehmung, die gute Arbeit leistet. Wenn ein Teil davon zurück zu einem Unternehmen kommen soll, das vielleicht noch ein wenig behäbiger ist, dann kann sich auch die Unternehmenskultur wandeln – sowohl bei ERZ als auch beim ewz.



9 / 9

Diese Chance sollten wir nutzen. Wir sollten uns in der Stadt von der Vorstellung lösen, dass wir in einem Zeitalter der Transformation von fossiler zu nichtfossiler Wärmeversorgung weiterhin Geld abschöpfen können – sowohl bei ERZ wie auch bei Energie 360° AG. Wir müssen eine Kostenrechnung machen, die die Transformation befördert, und nicht zehn Prozent Gewinnabgabe bei den Energiedienstleistungen des ewz festlegen, wenn sie die Hardhochhäuser mit Wärme versorgt. Das ist ein Denken in alten Kategorien, das noch nicht gemerkt hat, welche Transformationen wir im Bereich der Energieversorgung und der Gebäudeversorgung mit Wärme und Kälte angehen müssen. Deshalb ist es der richtige Moment, dem Stadtrat den Auftrag zu geben, zu prüfen, wie man das reorganisiert. Dieser Auftrag ist überhaupt keine Zerstörung. Ich finde es hingegen total blöd, Quartiere gegeneinander auszuspielen, um zu sehen, wer die bessere Lösung bei der Versorgung mit Abwasser findet. Wir müssten vielmehr die Abwasserwärme, die wir dort einsetzen, über ein Netz zusammenlegen und nicht in Konkurrenz setzen. Es sind eigentlich beides staatliche Unternehmen und es gibt keinen Unterschied, ob die eine AG heisst und die andere öffentlich-rechtliche Anstalt oder allenfalls städtische Dienstabteilung.

Markus Kunz (Grüne) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 63 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat